

Liberaler Ökonom

Friedrich List war ein Visionär – seine weitsichtigen Ideen wurden in Deutschland erst nach seinem Tod erkannt

Vielen ist Friedrich List als Förderer des Eisenbahnwesens und Vertreter des Deutschen Zollvereins, der ersten deutschen Wirtschaftseinheit, bekannt. Doch der Württemberger hat wesentlich mehr geleistet, nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, sondern auch als ein liberaler Politiker der Vormärzzeit, der schonungslos Kritik an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen seines Heimatlandes übte. Er kämpfte für Liberalisierung und Demokratie und gilt heute als einer der fähigsten Denker seiner Zeit.

Nur wenige Wochen nach Ausbruch der Französischen Revolution, am 6. August 1789, kam Friedrich List in der damals noch Freien Reichsstadt Reutlingen zur Welt. Bis zu seinem vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Lateinschule, danach absolvierte er eine dreijährige Lehre in der väterlichen Weißgerberei. Später schlug er die mittlere Beamtenlaufbahn in der Verwaltung ein und lernte aus der Amtsstube heraus die Missstände in Württemberg kennen. Anfangs war ihm der Monarch Wilhelm I. wohlgesonnen und ermöglichte es dem vermeintlich loyalen Staatsdiener 1817 gar, ohne Abitur und wissenschaftliche Meriten als Professor an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen zu lehren. Lange währte die fürstliche Huld freilich nicht, denn List war kein Staatsbeamter, der die rückständigen Verhältnisse konservieren wollte. Im April 1819 gründete er in Frankfurt den „Deutschen Handels- und Gewerbeverein“, der sich gegen den wirtschaftlichen und politischen Partikularismus wandte und sich für einen freizügigen Binnenmarkt starkmachte. Gedacht war die wirtschaftliche Einheit als Vorstufe einer politischen, denn Deutschland bestand immer noch aus vielen Kleinstaaten und hemmenden Grenzen und Zöllen. Das jedoch ging weit über das politische Vorstellungsvermögen des württembergischen Monarchen hinaus: Friedrich List wurde aus dem Staatsdienst entlassen.

Humankapital

List's Ideen waren revolutionär. Anders als die von Ökonomen vertretenen Werttheorien betrachtete er nicht die kurzfristige Anhäufung von Kapital, sondern die Akkumulation menschlichen Vermögens als ausschlaggebend für die langfristige Entwicklung einer Volkswirtschaft.

Es war ihm wichtiger, dass ein Staat in die Menschen statt in produktive Werte investierte. Das klingt auch heute noch modern – gerade unter demografischen Gesichtspunkten und für Länder ohne Bodenschätze. List nahm wesentliche Elemente der viel später entstandenen Humankapitaltheorie vorweg, welche die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer verbesserten Bildung zu messen versucht. So endete etwa seine Schrift „Über das Wesen und den Wert einer nationalen Gewerbsproduktivkraft“ (1839) mit dem folgenden visionären Schluss: „Der höchste Grad der geistigen Bildung und der materiellen Wohlfahrt des menschlichen Geschlechts ist nur zu erreichen vermittelt Beförderung der Bildung und der materiellen Wohlfahrt der Nationalitäten.“

Vom Landtag auf den Hohenasperg

Friedrich List versuchte politisch Einfluss zu nehmen. Als Abgeordneter des Landtags in Stuttgart schrieb er sich die Reform der Finanzen und der Wirtschaft auf die Fahnen. Im Januar 1821 verfasste er die „Reutlinger Petition“. Anstoß erregte vor allem die Einleitung: „Ein oberflächlicher Blick schon auf die inneren Verhältnisse Württembergs muss den unbefangenen Beobachter überzeugen, dass die Gesetzgebung und die Verwaltung unseres Vaterlandes an Grundgebrechen leidet, welche das Mark des Landes verzehren und die bürgerliche Freiheit vernichten.“ Starke Worte. Die Reaktion der Herrschenden kam prompt. In der Anklageschrift warf man dem Autor vor, er habe das Pressegesetz verletzt, Richter und Beamte, ja den König beleidigt. Seine Gegner nutzten die Gunst der Stunde, um List kaltzustellen. Erst schlossen ihn die (durch den König eingeschücherten) Abgeordneten vom Landtag aus. Dann sprach ihn der Gerichtshof im April 1822 schuldig und verurteilte ihn zu Festungshaft –





ein Urteil, das ihn für öffentliche Ämter disqualifizierte. List floh über Baden nach Frankreich und in die Schweiz, kehrte aber 1824 zurück, um seine Haft auf dem Hohenasperg anzutreten.

Pionier in Amerika

Als er Anfang 1825 vorzeitig entlassen werden sollte, war der Preis dafür hoch: List musste das Land verlassen. Als er sich bereit erklärte, in die Vereinigten Staaten auszuwandern, wurde er nach Verbüßung von fünf der zehn Monate Haft im selben Jahr begnadigt.

In der neuen Welt erfuhr List mehr Resonanz auf seine Initiativen. Zuerst betätigte er sich erfolgreich als Farmer, dann als Geschäftsmann, Journalist und schließlich als Initiator einer der ersten Eisenbahnlinien.

Am Beispiel der amerikanischen Wirtschaft konnte List den Gegensatz zwischen dem aus England kommenden Wirtschaftsliberalismus und der Schutzzollpolitik der wirtschaftlich noch rückständigen Länder studieren. Seine 1827 veröffentlichte Schrift „Outlines of American Political Economy“ machten ihn zu einem der führenden Vertreter der amerikanischen Schutzzollbewegung.

Bis 1830 betätigte er sich als Herausgeber einer deutschsprachigen Zeitung in Pennsylvania, dem „Reading Adler“. In dem jungen Staat erhielt List die Würdigung, die ihm in seiner Heimat versagt blieb. Er wurde amerikanischer Staatsbürger, Präsident Andrew Jackson ernannte ihn für seine Verdienste gar zum Generalkonsul für Baden.

Zollverein und Eisenbahn

Trotz dieser Würdigungen zog es List nach Deutschland zurück. Die französische Juli-Revolution von 1830 hatte ihm Hoffnung gemacht,

dass sich auch in Deutschland die politischen Verhältnisse ändern würden. 1832 nach Deutschland zurückgekehrt, engagierte er sich vor allem für den Aufbau eines deutschen Eisenbahnnetzes und für die Abschaffung der Zollschranken innerhalb Deutschlands.

Zu seinen bedeutenden Leistungen zählte sein Einsatz für den deutschen Zollverein, ein Zusammenschluss deutscher Bundesstaaten im Jahr 1834 unter der Führung Preußens, dem auch Württemberg und Baden beitraten. Der Zollverein zielte auf eine deutsche Wirtschaftseinheit ab und war Vorbereiter der später im Kaiserreich getroffenen kleindeutschen Lösung, einer Reichseinheit ohne Österreich. Seine Ideen wurden hierzulande jedoch nur sehr zögerlich aufgenommen. Auch der Versuch seiner bürgerlichen Rehabilitierung scheiterte an seiner früheren Festungshaft. Der kaltherzige König Wilhelm I. von Württemberg gab einem 1836 von List an ihn gerichteten Gnadengesuch nicht statt. Erneuten Anfeindungen wich er 1837 nach Paris aus, wo er an der ersten Fassung über „das natürliche System der Politischen Ökonomie“ arbeitete – die spätere Grundlage seines Hauptwerks „Das nationale System der Politischen Ökonomie“, das 1841 erschien.

Der Prophet im eigenen Land...

Finanzielle Schwierigkeiten und schwere Depressionen überschatteten seine letzten Lebensjahre. List wagte einen letzten Versuch, in seine Heimat zurückkommen zu können. Vergeblich. Noch im Februar 1846 klagte er in einem Brief an einen Freund, er werde „von dem König von Württemberg noch immer bis auf den Tod verfolgt“, als es erst 14 Tage her, dass er seine Petition verfasst habe. Der Verzweifelte wählte schließlich den Tod.

Mit einem Pistolenschuss setzte er am 30. November 1846 in einem Straßengraben bei Kufstein seinem Leben ein Ende – einer der fähigsten Ökonomen, die Deutschland hervorgebracht hat. Dabei wären seine staatswirtschaftlichen Ideen für das Land rettend gewesen. 1847 hatte sich die Lage in Württemberg vielerorts verschärft. Durch Missernten und die Kartoffelkrankheit herrschte eine verheerende Hungersnot; die Preise für Roggen stiegen um rund ein Drittel.

Friedrich List griff in seinen Schriften die wichtigsten Fragen seiner Zeit auf. Seine staatspolitischen Gedanken kreisten besonders um die Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Fürstentümer, besonders aber des Königreichs Württemberg. Auch Friedrich List war Prophet, der nichts im eigenen Land galt: Im Vaterland geächtet, erntete er außerhalb der deutschen Grenzen Ruhm und Ehre, wurden seine Schriften, seine Gedanken und Theorien von den Weitsichtigen dieser Zeit aufgegriffen und gewürdigt.



Dr. Jörg Schweigard

ist seit 2006 Pressesprecher der AKAD Privat-Hochschulen. Zuvor war er als Pressesprecher und Journalist in den Bereichen Gesundheitspolitik,

Kultur, Technik und Sport tätig. Seine PR-Arbeit wurde bereits mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Neben seiner langjährigen journalistischen Arbeit publizierte der promovierte Historiker mehrere Bücher zur Hochschulgeschichte.